

Münchener Anwaltshandbuch Aktienrecht

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Matthias Schüppen, Dipl.-Ökonom, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, und Dr. Bernhard Schaub, Notar, Bearbeitet von Dr. Christoph Binge, Rechtsanwalt und Notar, Dr. Uwe Bohnet, Rechtsanwalt, Dr. Björn-Axel Dissars, Rechtsanwalt, Volker G. Heinz, Notar, Rechtsanwalt und Barrister-at-Law, Dr. Udo Henkel, Rechtsanwalt und Steuerberater, Prof. Dr. Holger Kahle, Dr. Stefan Kilgus, Rechtsanwalt, Prof. Dr. Heinz-Christian Knoll, Diplom-Volkswirt, Rechtsanwalt und Steuerberater, Dr. Thorsten Kuthe, Rechtsanwalt, Dr. Alexander Kutsch, Rechtsanwalt, Dr. Andreas Lönner, Rechtsanwalt, Dr. Hermann Meller, Rechtsanwalt, Dr. Albrecht Nehls, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Jan Offerhaus, Diplom-Volkswirt, Dr. Holger Peres, Rechtsanwalt, Dr. Marcel Polte, Rechtsanwalt, Dr. Simon Preisenberger, Rechtsanwalt, Dr. Klaus Riehmer, LL.M., Rechtsanwalt, Dr. Thomas Ritter, Rechtsanwalt, Bernd Schlösser, Rechtsanwalt und Steuerberater, Dr. Julia Schlösser, Steuerberaterin, Dr. Florian Schöfer, M. Jur., Rechtsanwalt, Dr. Oliver Schröder, LL.M., Rechtsanwalt, Dr. Siddhartha Schwenzer, Rechtsanwalt, Dr. Mirko Sickinger, LL.M., Rechtsanwalt, Hans Stamm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Dr. Johannes Stürner, Jan Sudmeyer, LL.M., Rechtsanwalt, Dr. Ulrich Thölke, Rechtsanwalt, Dr. Alexandra Tretter, Rechtsanwältin, Dr. Béatrice C. Unsöld, Rechtsanwältin, Dirk-Reiner Voß, LL.M., Rechtsanwalt, Susanne Walz, Rechtsanwältin, Steuerberaterin und Dipl.-Kauffrau, Dr. Sebastian Wulff

3. Auflage 2018. Buch. LXVIII, 1826 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 69220 8

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > Aktiengesetz](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'o' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

2. Als Vorstand

a) **Staatsangehörigkeit.** Für die gesetzliche Qualifikation als Vorstand ist es unerheblich, ob jemand Inländer, Ausländer oder Staatenloser ist. Einen Staatsangehörigkeitsvorbehalt kennt das Gesetz nicht. Die gesetzlichen Hinderungsgründe für den Vorstand sind in § 76 Abs. 3 AktG aufgezählt; eine bestimmte Nationalität ist hierbei nicht erwähnt.¹⁹⁶ Auch deutsche Sprachkenntnisse sind jedoch nicht erforderlich, weil notfalls ein Dolmetscher oder Übersetzer eingeschaltet werden kann.¹⁹⁷ 166

b) **Aufenthalt.** Die Vorstandstätigkeit kann auch von einem ausländischen Wohnsitz aus erfolgen.¹⁹⁸ Weder die jederzeitige Einreisemöglichkeit noch eine Aufenthaltserlaubnis sind deshalb persönliche Qualifikationsmerkmale für den Vorstand. 167

c) **Arbeiterlaubnis.** Die Vorlage einer Arbeiterlaubnis kann schon deshalb nicht verlangt werden, weil der Vorstand einer deutschen AG für seine Tätigkeit gemäß § 9 Ziff. 1 Arbeiterlaubnisverordnung vom Erfordernis einer Arbeiterlaubnis befreit ist. 168

d) **Besonderheiten bei der Registeranmeldung.** aa) *Belehrung des sprachunkundigen Vorstands.* Bei der Anmeldung des Vorstands hat dieser persönlich zu versichern, dass Hinderungsgründe im Sinne von § 76 Abs. 3 AktG seiner Bestellung nicht entgegenstehen. Hierzu ist er vom Notar im Einzelnen zu belehren. Der Notar hat sicherzustellen, dass der Vorstand sich über den Inhalt der Erklärung bewusst ist, dh sie versteht. 169

Da es sich bei der Versicherung des Vorstandes weder um eine zu beurkundende Willenserklärung noch um eine eidesstattliche Versicherung im Sinne des § 38 BeurkG handelt, gelten die strengen Vorschriften des Beurkundungsgesetzes für die Beurkundung von Willenserklärungen unter Beteiligung von nicht der deutschen Sprache mächtigen Personen weder direkt noch über § 38 BeurkG. Es ist dem pflichtgemäßen Ermessen des Notars überlassen, welche Maßnahmen er bei der Unterschriftsbeglaubigung ergreift, um sicherzustellen, dass der Vorstand die Erklärungen tatsächlich versteht. Zieht der Notar einen Dolmetscher hinzu, ohne diesen zu vereidigen und wird die Anmeldeversicherung sodann vom Dolmetscher dem Vorstand übersetzt, ist dies auch dann nicht zu beanstanden, wenn die Handelsregisteranmeldung nur vom Vorstand, nicht auch vom Dolmetscher unterzeichnet wird.¹⁹⁹ In der Praxis empfiehlt es sich allerdings, sich an den strengeren Vorschriften des Beurkundungsgesetzes über die Beurkundung von Willenserklärungen zu orientieren und in die Registeranmeldung, die vom Vorstand und vom Dolmetscher unterzeichnet werden sollte, Folgendes aufzunehmen: 170

Formulierungsvorschlag:

Der unterzeichnende Geschäftsführer, Herr A, ist nach seinen Angaben und der Überzeugung des Notars der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig. Er spricht jedoch nach eigenen Angaben die Sprache.

Als Dolmetscher hinzugezogen wurde daher der mitunterzeichnende Herr B.

Ich, Herr B., Dolmetscher, erkläre, dass ich die vom Notar näher erläuterten Eigenschaften als Dolmetscher besitze und mit dem unterzeichnenden Geschäftsführer, Herrn A, nicht verwandt und nicht verschwägert bin. Ferner versichere ich, dass ich die vorstehende Erklärung treu und gewissenhaft dem unterzeichnenden Geschäftsführer, Herrn A, in die Sprache übersetzt habe.

bb) *Belehrung des Vorstandes bei Anmeldung durch ausländischen Notar.* Beglaubigt ein ausländischer Notar die Vorstandsanmeldung, ist dies grundsätzlich nicht zu beanstanden.²⁰⁰ 171

¹⁹⁶ Hüffer/Koch/Koch AktG § 76 Rn. 61; Hopt/Wiedemann/Kort AktG § 76 Rn. 209.

¹⁹⁷ Für die GmbH Michalski/Tebben GmbHG § 6 Rn. 32; Scholz/Schneider GmbHG § 6 Rn. 16.

¹⁹⁸ OLG Düsseldorf NZG 2009, 678; OLG München ZIP 2010, 126.

¹⁹⁹ So OLG Karlsruhe DNotZ 2003, 296.

²⁰⁰ Zur Anerkennung der ausländischen Urkunde im Inland → Rn. 173 ff.

Die Belehrung nach § 53 Abs. 2 BZRG kann schriftlich vorgenommen werden; sie kann auch durch einen Notar oder einen im Ausland bestellten Notar, durch einen Vertreter eines vergleichbaren rechtsberatenden Berufs (zB Rechtsanwalt) oder Konsularbeamten erfolgen, § 37 Abs. 2 S. 2 AktG.

Formulierungsvorschlag für die Belehrung eines im Ausland befindlichen

Vorstandes:

Vorstandsbelehrung

Sehr geehrter Herr,

Sie sollen zum Vorstand einer deutschen Aktiengesellschaft (AG) bestellt werden.

Im Falle der Bestellung als neuer Vorstand haben Sie gemäß § 37 Abs. 2 AktG zu versichern, dass keine Umstände vorliegen, die Ihrer Bestellung nach § 76 Abs. 3 S. 3 und 4 AktG entgegenstehen, und dass Sie über Ihre unbeschränkte Auskunftspflicht gegenüber dem Gericht belehrt worden sind. Die Belehrung kann auch durch einen Notar vorgenommen werden.

Da der beglaubigende ausländische Notar das deutsche Recht nicht kennt, belehre ich Sie hiermit schriftlich gemäß den Vorschriften des AktG:

Zunächst weise ich Sie auf den Inhalt des § 76 Abs. 3 AktG hin, dessen Text wie folgt lautet:

„(3) Mitglied des Vorstands kann nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person sein. Mitglied des Vorstands kann nicht sein, wer

1. als Betreuer bei der Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten ganz oder teilweise einem Einwilligungsvorbehalt (§ 1903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) unterliegt,
2. aufgrund eines gerichtlichen Urteils oder einer vollziehbaren Entscheidung einer Verwaltungsbehörde einen Beruf, einen Berufszweig, ein Gewerbe oder einen Gewerbezweig nicht ausüben darf, sofern der Unternehmensgegenstand ganz oder teilweise mit dem Gegenstand des Verbots übereinstimmt,
3. wegen einer oder mehrerer vorsätzlich begangener Straftaten
 - a) des Unterlassens der Stellung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens (Insolvenzverschleppung),
 - b) nach den §§ 283 bis 283d des Strafgesetzbuchs (Insolvenzstraftaten),
 - c) der falschen Angaben nach § 399 dieses Gesetzes oder § 82 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,

Instructions to Executive Board Member

Dear Mr.,

you will be appointed as Vorstand (Executive Board Member) of a German Stock Corporation (AG).

In any case of appointment as new Vorstand you must certify pursuant to sec. 37 para. 2 of the AktG that there are no facts which would be opposed to your appointment pursuant to sec. 76 para. 3 sent. 3 and 4 of the AktG and that you have been informed of your unrestricted disclosure obligation. This information may also be given by a notary.

Since the foreign notary certifying your signature is not familiar with German law, I advise you hereby in writing in accordance with the provisions of the AktG as follows:

First of all I refer to the provision of sec. 76 para. 3 AktG which reads as follows:

(3) Only a natural person being unlimitedly capable to contract may become a board member. Whoever

1. is a person being taken care of who is either completely or partially subject to any obligation to obtain consent when taking care of his/her financial matters (section 1903 of the German Civil Code),
2. is prohibited from exercising any profession, line of business, trade or branch of trade due to any judicial judgment or any enforceable decision rendered by any administration authority, provided that the purpose of the company completely or partially corresponds to the subject of such prohibition,
3. has been convicted for having intentionally committed one or several offenses
 - a) of failure to file a petition for bankruptcy (delay in filing a petition for bankruptcy)
 - b) pursuant to section 283, 283d of the German Criminal Code (fraudulent insolvency),
 - c) of submitting false information pursuant to section 399 of this law, or section 82 of the law about companies with limited liability,

d) der unrichtigen Darstellung nach § 400 dieses Gesetzes, § 331 des Handelsgesetzbuchs, § 313 des Umwandlungsgesetzes oder § 17 des Publizitätsgesetzes,

e) nach den §§ 263 bis 264a oder den §§ 265b bis 266a des Strafgesetzbuchs zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr

verurteilt worden ist; dieser Ausschluss gilt für die Dauer von fünf Jahren seit der Rechtskraft des Urteils, wobei die Zeit nicht eingerechnet wird, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

Satz 2 Nr. 3 gilt entsprechend bei einer Verurteilung im Ausland wegen einer Tat, die mit den in Satz 2 Nr. 3 genannten Taten vergleichbar ist.“

Die in § 76 Abs. 3 lit. b) AktG zitierten Vorschriften der §§ 283–283d des Strafgesetzbuchs (StGB) lauten wie folgt:

§ 283 StGB Bankrott

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer bei Überschuldung oder bei drohender oder eingetretener Zahlungsunfähigkeit

1. Bestandteile seines Vermögens, die im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Insolvenzmasse gehören, beiseite schafft oder verheimlicht oder in einer den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise zerstört, beschädigt oder unbrauchbar macht,
2. in einer den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise Verlust oder Spekulationsgeschäfte oder Differenzgeschäfte mit Waren oder Wertpapieren eingeht oder durch unwirtschaftliche Ausgaben, Spiel oder Wette übermäßige Beträge verbraucht oder schuldig wird,
3. Waren oder Wertpapiere auf Kredit beschafft und sie oder die aus diesen Waren hergestellten Sachen erheblich unter ihrem Wert in einer den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise veräußert oder sonst abgibt,
4. Rechte anderer vortäuscht oder erdichtete Rechte anerkennt,
5. Handelsbücher, zu deren Führung er gesetzlich verpflichtet ist, zu führen unterläßt oder so führt oder verändert, daß die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert wird,

d) of submitting false information pursuant to section 400 of this law, section 331 of the German Commercial Code, section 313 of the law regulating the transformation of companies, or section 17 of the company disclosure law,

e) pursuant to sections 263 to 264a, or section 265b to 266a of the German Criminal Code to serve a minimum prison sentence of one year

cannot become any board member; such exclusion shall be valid for a period of five years upon legal force of such judgment, whereby the time will not be taken into account during which the offender had been detained in any institution based on any official order.

Sentence 2 no. 3 shall apply accordingly, if such conviction was imposed abroad for having committed an offence which is comparable with one of the offenses defined under sentence 2 no. 3.

The provisions of secs. 283 to 283d of the German Penal Code (Strafgesetzbuch = StGB) referred to in sec. 76 para. 3 lit. b) of the German Stock Corporation Act (= AktG) read as follows:

Sec. 283 StGB Bankruptcy

(1) Whosoever due to his liabilities exceeding his assets or current or impending inability to pay his debts

1. disposes of or hides, or, in a manner contrary to regular business standards, destroys, damages or renders unusable parts of his assets, which in the case of institution of insolvency proceedings would belong to the available assets;
2. in a manner contrary to regular business standards enters into losing or speculative ventures or futures trading in goods or securities or consumes excessive sums or becomes indebted through uneconomical expenditures, gambling or wagering;
3. procures goods or securities on credit and sells or otherwise distributes them or things produced from these goods substantially under their value in a manner contrary to regular business standards;
4. pretends the existence of another's rights or recognises fictitious rights;
5. fails to keep books of account which he is statutorily obliged to keep, or keeps or modifies them in such a manner that a survey of his net assets is made more difficult;

- 6. Handelsbücher oder sonstige Unterlagen, zu deren Aufbewahrung ein Kaufmann nach Handelsrecht verpflichtet ist, vor Ablauf der für Buchführungspflichtige bestehenden Aufbewahrungsfristen beiseite schafft, verheimlicht, zerstört oder beschädigt und dadurch die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert,
- 7. entgegen dem Handelsrecht
 - (a) Bilanzen so aufstellt, daß die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert wird, oder
 - (b) es unterläßt, die Bilanz seines Vermögens oder als Inventar in der vorgeschriebenen Zeit aufzustellen, oder
- 8. in einer anderen, den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft grob widersprechenden Weise seinen Vermögensstand verringert oder seine wirklichen geschäftlichen Verhältnisse verheimlicht oder verschleiert.

(2) Ebenso wird bestraft, wer durch eine der in Absatz 1 bezeichneten Handlungen seine Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit herbeiführt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wer in den Fällen

- 1. des Absatzes 1 die Überschuldung oder die drohende oder eingetretene Zahlungsunfähigkeit fahrlässig nicht kennt oder
- 2. des Absatzes 2 die Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit leichtfertig verursacht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Wer in den Fällen

- 1. des Absatzes 1 Nr. 2, 5 oder 7 fahrlässig handelt und die Überschuldung oder die drohende oder eingetretene Zahlungsunfähigkeit wenigstens fahrlässig nicht kennt oder
- 2. des Absatzes 2 in Verbindung mit Absatz 1 Nr. 2, 5 oder 7 fahrlässig handelt und die Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit wenigstens leichtfertig verursacht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(6) Die Tat ist nur dann strafbar, wenn der Täter seine Zahlungen eingestellt hat oder über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen worden ist.

- 6. disposes of, hides, destroys or damages books of account or other documentation, which a merchant is obliged by commercial law to keep, before expiry of the archiving periods which exist for those obliged to keep books, and thereby makes a survey of his net assets more difficult;
- 7. contrary to commercial law
 - a) draws up balance sheets in such a manner that a survey of his net assets is made more difficult; or
 - b) fails to draw up a balance sheet of his assets or the inventory in the prescribed time; or
- 8. in another manner which grossly violates regular business standards diminishes his net assets or hides or conceals the actual circumstances of his business,

shall be liable to imprisonment of not more than five years or a fine.

(2) Whosoever causes his liabilities to exceed his assets or the inability to pay by one of the acts indicated in subsection (1) above shall incur the same penalty.

(3) The attempt shall be punishable.

(4) Whosoever in cases

- 1. under subsection (1) above negligently fails to be aware of the excess of liabilities or the impending or current inability to pay or
- 2. under subsection (2) above causes the excess of liabilities or inability to pay by gross negligence

shall be liable to imprisonment of not more than two years or a fine.

(5) Whosoever in cases

- 1. under subsection (2) nos. 2, 5 or 7 above acts negligently and at least negligently fails to be aware of the excess of liabilities or the impending or current inability to pay; or
- 2. under subsection (2) in conjunction with subsection (1) nos. 2, 5 or 7 above acts negligently and at least by gross negligence causes the excess of liabilities or inability to pay,

shall be liable to imprisonment of not more than two years or a fine.

(6) The offence shall only entail liability if the offender has suspended payments or if insolvency proceedings have been instituted in relation to his assets or the application to institute proceedings has been rejected due to lack of available assets.

§ 283 a StGB Besonders schwerer Fall des Bankrotts

In besonders schweren Fällen des § 283 Abs. 1 bis 3 wird der Bankrott mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. aus Gewinnsucht handelt oder
2. wissentlich viele Personen in die Gefahr des Verlustes ihrer ihm anvertrauten Vermögenswerte oder in wirtschaftliche Not bringt.

§ 283 b StGB Verletzung der Buchführungspflicht

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Handelsbücher, zu deren Führung er gesetzlich verpflichtet ist, zu führen unterläßt oder so führt oder verändert, daß die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert wird,
2. Handelsbücher oder sonstige Unterlagen, zu deren Aufbewahrung er nach Handelsrecht verpflichtet ist, vor Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen beiseite schafft, verheimlicht, zerstört oder beschädigt und dadurch die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert,
3. entgegen dem Handelsrecht
 - (a) Bilanzen so aufstellt, daß die Übersicht über seinen Vermögensstand erschwert wird, oder
 - (b) es unterläßt, die Bilanz seines Vermögens oder das Inventar in der vorgeschriebenen Zeit aufzustellen.

(2) Wer in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 oder 3 fahrlässig handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) § 283 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 283 c StGB Gläubigerbegünstigung

(1) Wer in Kenntnis seiner Zahlungsunfähigkeit einem Gläubiger eine Sicherheit oder Befriedigung gewährt, die dieser nicht oder nicht in der Art oder nicht zu der Zeit zu beanspruchen hat, und ihn dadurch absichtlich oder wissentlich vor den übrigen Gläubigern begünstigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) § 283 Abs. 6 gilt entsprechend.

Sec. 283 a StGB Aggravated bankruptcy

In especially serious cases under § 283 (1) to (3) the offender shall be liable to imprisonment from six months to ten years. An especially serious case typically occurs if the offender

1. acts out of profit-seeking; or
2. knowingly places many persons in danger of losing their assets that were entrusted to him, or in financial hardship.

Sec. 283 b StGB Violation of book-keeping duties

(1) Whosoever

1. fails to keep books of account which he is statutorily obliged to keep, or keeps or modifies them in such a manner that a survey of his net assets is made more difficult;
2. disposes of, hides, destroys or damages books of account or other documentation, which a merchant is obliged by commercial law to keep, before expiry of the archiving periods which exist for those obliged to keep books, and thereby makes a survey of his net assets more difficult;
3. contrary to commercial law
 - a) draws up balance sheets in such a manner that a survey of his net assets is made more difficult; or
 - b) fails to draw up a balance sheet of his assets or the inventory in the prescribed time
 shall be liable to imprisonment of not more than two years or a fine.

(2) Whosoever acts negligently in cases under subsection (1) nos. 1 or 3 above shall be liable to imprisonment of not more than one year or a fine.

(3) § 283(6) shall apply mutatis mutandis.

Sec. 283 c StGB Extending unlawful benefits to creditors

(1) Whosoever with knowledge of his own inability to pay grants a creditor a security or satisfaction to which he is not entitled at all or not in such a manner or at the time, and thereby intentionally or knowingly accords him preferential treatment over the other creditors shall be liable to imprisonment of not more than two years or a fine.

(2) The attempt shall be punishable.

(3) § 283 (6) shall apply mutatis mutandis.

§ 283 d StGB Schuldnerbegünstigung

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. in Kenntnis der einem anderen drohenden Zahlungsunfähigkeit oder
2. nach Zahlungseinstellung, in einem Insolvenzverfahren oder in einem Verfahren zur Herbeiführung der Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens eines anderen Bestandteile des Vermögens eines anderen, die im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Insolvenzmasse gehören, mit dessen Einwilligung oder zu dessen Gunsten beiseite schafft oder verheimlicht oder in einer den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise zerstört, beschädigt oder unbrauchbar macht.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. aus Gewinnsucht handelt oder
2. wissentlich viele Personen in die Gefahr des Verlustes ihrer dem anderen anvertrauten Vermögenswerte oder in wirtschaftliche Not bringt.

(4) Die Tat ist nur dann strafbar, wenn der andere seine Zahlungen eingestellt hat oder über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen worden ist.

Die in § 76 Abs. 3 lit. c) AktG zitierten Vorschriften des § 399 AktG sowie des § 82 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) lauten wie folgt:

§ 399 AktG Falsche Angaben

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. als Gründer oder als Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zum Zweck der Eintragung der Gesellschaft über die Übernahme der Aktien, die Einzahlung auf Aktien, die Verwendung eingezahlter Beträge, den Ausgabebetrag der Aktien, über Sondervorteile, Gründungsaufwand, Sacheinlagen, Sachübernahmen und Sicherungen für nicht voll einbezahlte Geldeinlagen,

Sec. 283 d StGB Extending unlawful benefits to debtors

(1) Whosoever

1. with knowledge of another's impending inability to pay; or
2. after the suspension of payments, in an insolvency proceeding or in a proceeding about the institution of insolvency proceedings of another, with his consent or on his behalf disposes of or hides, or, in a manner contrary to regular business standards, destroys, damages or renders unusable parts of the other's assets, which in the case of institution of insolvency proceedings would belong to the available assets shall be liable to imprisonment of not more than five years or a fine.

(2) The attempt shall be punishable.

(3) In especially serious cases the penalty shall be imprisonment from six months to ten years. An especially serious case typically occurs if the offender

1. acts out of profit-seeking; or
2. knowingly places many persons in danger of losing their assets that were entrusted to him, or in financial hardship

(4) The offence shall only entail liability if the other person has suspended payments or if insolvency proceedings have been instituted in relation to his assets or the application to institute proceedings has been rejected due to lack of available assets.

The provisions of sec. 399 of the German Stock Corporation Act (= AktG) and of sec. 82 of the Act concerning Limited Liability Companies (GmbHG) referred to in sec. 76 para. 3 lit. c) of the AktG read as follows:

§ 399 AktG False statements

(1) A prison sentence of up to three years or a fine shall be imposed on persons who make false statements or conceal important circumstances

1. in the capacity of incorporator, board member or member of the supervisory board when registering the company or taking over business shares, when making payments on shares, using paid-in contributions, regarding the issue value of shares, special privileges, organisation expenses, contributions in kind, asset transfers and guarantees for not fully paid-in capital contributions,

- | | |
|--|---|
| <p>2. als Gründer oder als Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Gründungsbericht, im Nachgründungsbericht oder im Prüfungsbericht,</p> <p>3. in der öffentlichen Ankündigung nach § 47 Nr. 3,</p> <p>4. als Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zum Zweck der Eintragung einer Erhöhung des Grundkapitals (§§ 182 bis 206) über die Einbringung des bisherigen, die Zeichnung oder Einbringung des neuen Kapitals, den Ausgabebetrag der Aktien, die Ausgabe der Bezugsaktien oder über Sacheinlagen,</p> <p>5. als Abwickler zum Zweck der Eintragung der Fortsetzung der Gesellschaft in dem nach § 274 Abs. 3 zu führenden Nachweis oder</p> <p>6. als Mitglied des Vorstands in der nach § 37 Abs. 2 Satz 1 oder § 81 Abs. 3 Satz 1 abzugebenden Versicherung oder als Abwickler in der nach § 266 Abs. 3 Satz 1 abzugebenden Versicherung</p> | <p>2. in the capacity of an incorporator, board member or member of the supervisory board with regard to the incorporation report, the amended incorporation report or the auditor's report,</p> <p>3. in public announcements pursuant to § 47 no. 3,</p> <p>4. as board members or members of the supervisory board when registering an increase in the nominal capital (§§ 182 to 206) with regard to the contribution of the existing capital, the subscription or contribution of the new capital, the issue value of the shares, the issue of pre-emptive shares or with regard to contributions in kind,</p> <p>5. in the capacity of liquidator when registering the continuation of the company in the evidence to be provided pursuant to § 274 cl. 3, or</p> <p>6. in the capacity of board member in the declaration required to be given pursuant to § 37 cl. 2 sentence 1 or § 81 cl. 3 sentence 1 or in the capacity of liquidator in the declaration required according to § 266 cl. 3 sentence 1</p> |
|--|---|

falsche Angaben macht oder erhebliche Umstände verschweigt.

(2) Ebenso wird bestraft, wer als Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zum Zweck der Eintragung einer Erhöhung des Grundkapitals die in § 210 Abs. 1 Satz 2 vorgeschriebene Erklärung der Wahrheit zuwider abgibt.

(2) Liable to punishment is also who in the capacity of board member or member of the supervisory board, makes an incorrect representation in the declaration required for an increase in the nominal capital pursuant to § 210 cl. 1 sentence 2.

§ 82 GmbHG Falsche Angaben

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. als Gesellschafter oder als Geschäftsführer zum Zweck der Eintragung der Gesellschaft über die Übernahme der Geschäftsanteile, die Leistung der Einlagen, die Verwendung eingezahlter Beträge, über Sondervorteile, Gründungsaufwand und Sacheinlagen,
2. als Gesellschafter im Sachgründungsbericht,
3. als Geschäftsführer zum Zweck der Eintragung einer Erhöhung des Stammkapitals über die Zeichnung oder Einbringung des neuen Kapitals oder über Sacheinlagen,
4. als Geschäftsführer in der in § 57i Abs. 1 Satz 2 vorgeschriebenen Erklärung oder

§ 82 GmbHG False statements

(1) A prison sentence of up to three years or a fine shall be imposed on persons who make false statements

1. in the capacity of an associate or managing director when registering the company or taking over business shares, when making capital contributions, using paid-in contributions, with regard to special privileges, organisation expenses and contributions in kind,
2. in the capacity of an associate with regard to the asset contribution report,
3. in the capacity of a managing director when registering or increasing the nominal capital or when subscribing or contributing new capital or via asset contributions,
4. in the capacity of managing director in the declaration described in § 57i cl. 1 sentence 2 or

5. als Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Geschäftsführer einer ausländischen juristischen Person in der nach § 8 Abs. 3 Satz 1 oder § 39 Abs. 3 Satz 1 abzugebenden Versicherung oder als Liquidator in der nach § 67 Abs. 3 Satz 1 abzugebenden Versicherung falsche Angaben macht.

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. als Geschäftsführer zum Zweck der Herabsetzung des Stammkapitals über die Befriedigung oder Sicherstellung der Gläubiger eine unwahre Versicherung abgibt oder
2. als Geschäftsführer, Liquidator, Mitglied eines Aufsichtsrats oder ähnlichen Organs in einer öffentlichen Mitteilung die Vermögenslage der Gesellschaft unwahr darstellt oder verschleiert, wenn die Tat nicht in § 331 Nr. 1 oder Nr. 1a des Handelsgesetzbuchs mit Strafe bedroht ist.

Die in § 76 Abs. 3 lit. d) AktG zitierten Vorschriften des § 400 AktG sowie § 331 des Handelsgesetzbuches (HGB), § 313 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) und § 17 des Publizitätsgesetzes (PublG) lauten wie folgt:

§ 400 AktG Unrichtige Darstellung

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats oder als Abwickler

1. die Verhältnisse der Gesellschaft einschließlich ihrer Beziehungen zu verbundenen Unternehmen in Darstellungen oder Übersichten über den Vermögensstand, in Vorträgen oder Auskünften in der Hauptversammlung unrichtig wiedergibt oder verschleiert, wenn die Tat nicht in § 331 Nr. 1 oder 1a des Handelsgesetzbuchs mit Strafe bedroht ist, oder
2. in Aufklärungen oder Nachweisen, die nach den Vorschriften dieses Gesetzes einem Prüfer der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens zu geben sind, falsche Angaben macht oder die Verhältnisse der Gesellschaft unrichtig wiedergibt oder verschleiert, wenn die Tat nicht in § 331 Nr. 4 des Handelsgesetzbuchs mit Strafe bedroht ist.

5. in the capacity of managing director of a company with limited liability or in the capacity of managing director of a foreign legal entity in the declaration required to be given according to § 8 cl. 3 sentence 1 or § 39 cl. 3 sentence 1 or in the capacity of liquidator in the declaration required according to § 67 cl. 3 sentence 1.

(2) Persons who

1. in the capacity of managing directors, make an incorrect representation with regard to the satisfaction or indemnification of creditors in order to lower the nominal capital or
2. in the capacity of managing director, liquidator, member of the supervisory board or of a similar organ, make false representations or conceal the asset situation of the company in a public announcement, provided that this action is not liable to punishment pursuant to § 331 no. 1 or no. 1a Commercial Code shall also be liable to punishment.

The provisions of sec. 400 of the German Stock Corporation Act (= AktG) and of sec. 331 of the German Commercial Code (Handelsgesetzbuch), and secs. 313 of the Law regulating the transformation of companies – German Transformation Act (Umwandlungsgesetz = UmwG) and secs. 17 of the Company disclosure law (Publizitätsgesetz = PublG) referred to in sec. 76 para. 3 lit. d) of the AktG read as follows:

§ 400 AktG Incorrect representation

(1) A prison sentence of up to three years or a fine shall be imposed on board members or members of the supervisory board or liquidators who

1. conceal or incorrectly represent the situation of the company incl. its relations with affiliated companies in presentations or overviews of the asset situation or during talks and when giving information at a general meeting, provided this action is not liable to punishment according to § 331 no. 1 or 1a Commercial Code, or
2. make false statements or conceal or incorrectly represent the situation of the company in disclosures or when giving evidence pursuant to statutory provisions to an auditor of the company or one of its affiliated companies, provided this action is not liable to punishment according to § 331 no. 4 German Commercial Code (Handelsgesetzbuch).